

presse

Hochschulzulassung: Ministerin Wanka geht auf Tauchstation

Zu den Ergebnissen des Pilotbetriebs der elektronischen Hochschulzulassung zum Sommersemester 2013 und dem Beschluss der Kultusministerkonferenz, die Statistik unbesetzter NC-Studienplätze einzustellen, erklärt der zuständige Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss Klaus Hagemann:

Die Bilanz der elektronischen Hochschulzulassung in NC-Studienfächern ist niederschmetternd. Nach acht Jahren CDU-geführtem Bundesbildungsministerium werden zum Sommersemester 2013 deutschlandweit gerade einmal 1.614 Zulassungen für Studienplätze in zulassungsbeschränkten Fächern über die neue vom Bund bezahlte Software ausgesprochen. Knapp acht Millionen Euro kostete dieser Minibetrieb der Plattform zuletzt pro Jahr.

An „einem der modernsten Zulassungssysteme überhaupt“, so das Bildungsministerium noch vollmundig beim Projektstart 2009, beteiligen sich gerade einmal zehn deutsche Hochschulen. Und das wird sich zum nächsten Semester auch nicht wesentlich ändern. Denn aktuell sind lediglich 60 bis 70 Hochschulen in der Lage, an dem Betrieb teilnehmen zu können, wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nun auf Anfrage der SPD-Fraktion kleinlaut einräumen musste. Das Zulassungschaos wird also munter ad Infinitum verlängert. Das Vorhaben reiht sich damit nahtlos in die Liste der begonnenen, aber nicht zu Ende geführten Großprojekte in Deutschland ein.

Die vehemente Kritik an der weiterhin hohen Zahl von zuletzt 17.000 unbesetzten NC-Studienplätzen zeigt derweil dennoch Wirkung, allerdings eine recht groteske. Die Statistik dazu wird ob der schlechten Ergebnisse jetzt einfach

abgeschafft; die Daten lieber erst gar nicht mehr erhoben. Statt das Problem endlich zu lösen, wird jetzt also das Alarmsignal abgeschaltet.

Und was macht Bundesbildungsministerin Wanka, die eigentlich den Beschlüssen des Deutschen Bundestages und seiner Gremien Geltung verschaffen und die Interessen der Studierwilligen vertreten müsste? Sie geht auf Tauchstation. „Die Studierenden haben Anspruch darauf, dass es ein funktionierendes System der Hochschulzulassung gibt“, betonte noch berechtigterweise ihre Amtsvorgängerin. Jetzt droht dafür St. Nimmerlein.